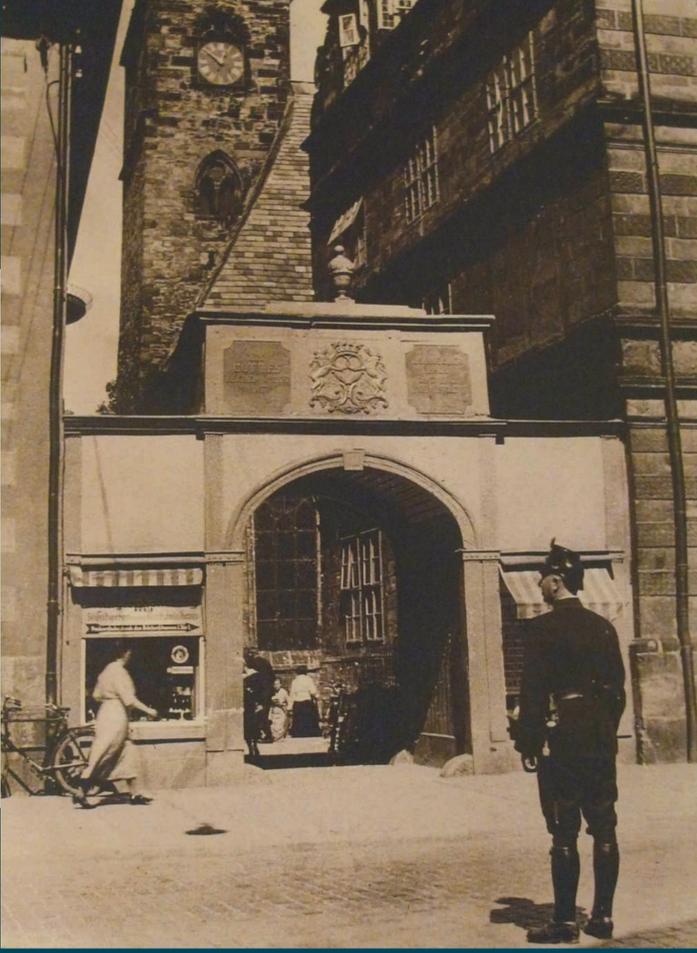


„Die Polizei der Stadt Hameln in der Zeit der Weimarer Republik“



Polizeibeamter vor dem Bäckerscharren, Foto nach 1933

Privatbesitz

Die Ausstellung nimmt das Handeln der Polizei auf dem Boden der bürgerlich-konservativ geprägten Mittelstadt Hameln in der Weimarer Republik in den Blick. Sie spannt den Bogen hin zu zwei sehr unterschiedlichen politischen Systemen: der Kaiserzeit und der NS-Zeit.

Insbesondere in der Weimarer Zeit zeigt sich Hameln von starken politischen und sozialen Spannungen beherrscht. Der (klein)bürgerlich geprägten Mehrheit, welche der Weimarer Republik skeptisch gegenüberstand oder sie sogar ablehnte, stand eine festgefügte Minderheit gegenüber, die sich der sozialistischen Arbeiterbewegung verbunden fühlte.

Das Gros der Polizeibeamten hatte seine Ausbildung noch in der obrigkeitlichen Kaiserzeit erfahren oder im Ersten Weltkrieg in der Armee gedient.

Wie bewährte sich die Polizei in dem politischen und gesellschaftlichen Spannungsfeld der Stadt?

Wie kamen die Beamten der Hamelner Polizei mit den neuen demokratischen Leitbildern einer Republik zurecht?

Wo standen sie in den teils blutigen Straßenkämpfen zwischen der SA und deren politischen Gegnern zum Ende der Republik?

In welchem Ausmaß kam es 1933 zu Säuberungen innerhalb des Hamelner Polizeikorps?

Welche Folgen hatte die Einrichtung der aus den Reihen der SA rekrutierten „Hilfspolizei“ für das Verhalten der Polizei?

Die Ausstellung nimmt auch die ersten Jahre der NS-Zeit in Hameln in den Blick, weil sich hier Entwicklungen in aller Deutlichkeit zeigen, die in den Jahren zuvor angelegt waren.

Die Ausstellung versteht sich als selbstständiger Beitrag zu der von der Polizeiakademie Niedersachsen verantworteten Ausstellung „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“.

Sie wurde von Bernhard Gelderblom für den Verein für regionale Kultur- und Zeitgeschichte erarbeitet.

Hameln im Juni 2020



Das Rathaus (links) beherbergte im Erdgeschoss die Polizeiwache, das Hochzeitshaus war Sitz des Oberbürgermeisters.

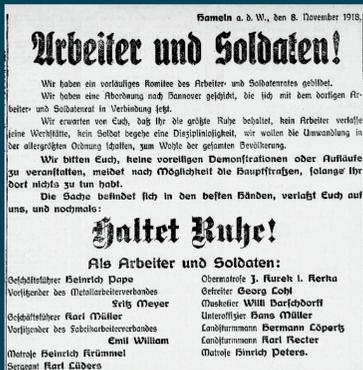
Stadtarchiv Hameln



„Judas Verrat“, antisemitische Zeichnung von Willy Knabe zur Dolchstoßlegende (1942).

Wikipedia, Artikel Dolchstoßlegende

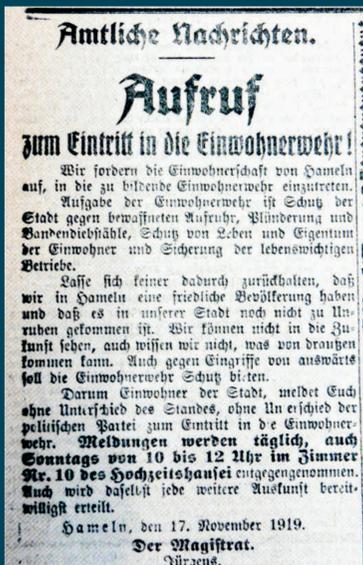
Die Jahre 1918-1921 – Spannungen, Spaltungen und Ängste



Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Dewezet vom 10. November 1918



Aufruf der bürgerlichen Kräfte Dewezet vom 18. November 1918



„Aufruf zum Eintritt in die Bürgerwehr“ Niedersächsische Volksstimme vom 18. November 1919



Aufruf zur Schaffung eines städtischen „Notschutzes“ Dewezet vom 27. April 1920

Hameln war am Ende des Ersten Weltkrieges eine mehrheitlich bürgerlich-konservativ geprägte Mittelstadt mit ca. 20.000 Einwohnern, gelegen in einem agrarisch geprägten Umland in der recht beschaulichen niedersächsischen Provinz.

Wie verlief hier in der schwierigen Zeit nach dem Ende des verlorenen Ersten Weltkrieges der Übergang von der Monarchie zur Republik?

Eine Revolution, die nicht stattfand

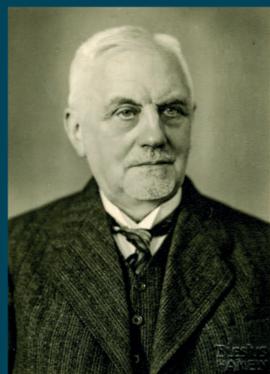
Nach dem Vorbild der revolutionären Zentren in Berlin und Kiel gründete sich auch in Hameln im November 1918 ein „vorläufiges Komitee des Arbeiter- und Soldatenrates“.

Dieser aus Soldaten und der Hamelner SPD zusammengesetzte Arbeiter- und Soldatenrat wandte sich am 8. November 1918 mit einem Flugblatt an die Bevölkerung. Es ging ihm darin aber nicht um politische, wirtschaftliche oder soziale Forderungen, sondern ausschließlich um die Bewahrung der Ruhe.

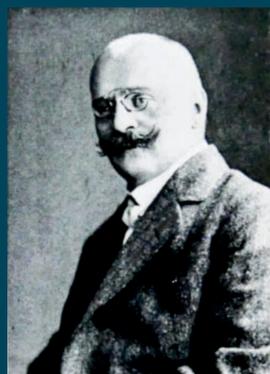
Der Hamelner Arbeiter- und Soldatenrat sorgte für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bewältigung der Lebensmittelknappheit. Einen politischen Umsturz wollte er nicht. Sprachrohr der Hamelner Arbeiterschaft und der örtlichen SPD war die damals neu gegründete Tageszeitung „Niedersächsische Volksstimme“. Die KPD spielte in der Stadt eine marginale Rolle.

Auf der anderen Seite sammelten sich in der Stadt rasch die bürgerlich-konservativen Gegenkräfte: Kaufleute, Industrielle, Gewerbetreibende, Landwirte und Beamte. Sprachrohr dieser Kräfte war die „Deister- und Weserzeitung“.

Die Veränderungen der politischen Verhältnisse im Deutschen Reich infolge der Novemberrevolution von 1918 hatten auf die Stadt nahezu keinerlei Auswirkungen. Das wird vor allem darin deutlich, dass die beiden obersten Verwaltungsbeamten der Stadt, Bürgermeister Ado Jürgens sowie der Stadtsyndikus Karl Sertürner, in ihren Ämtern verblieben.



Links: Bürgermeister Ado Jürgens, rechts: Stadtsyndikus Karl Sertürner



Stadtarchiv Hameln

In der ersten Gemeindewahl der Nachkriegszeit vom 23. Februar 1919 errang die SPD zwar die meisten Sitze (14), aber das Bürgertum bildete eine Gemeinschaftsliste (Mittelstand 11, bürgerlicher Wahlverband 7 und Beamten 4 Sitze) und sicherte sich auf diese Weise den Machterhalt.

Die Gründung der Bürgerwehr 1919

Aus der Sorge heraus, die politischen Umwälzungen in Berlin könnten Folgen für Hameln haben, gründete der Rat Ende 1919 eine Einwohnerwehr, einen lokalen Selbstschutzverband. In derartigen Bürgerwehren sammelten sich die besitzbürgerlichen und teilweise reaktionären Kräfte der Stadt.

Die Hamelner SPD lehnte eine derartige Bürgerwehr zunächst ab, bemühte sich aber später, ihre Basis zu einem Eintritt zu gewinnen, um reaktionäre Kräfte zu neutralisieren.

„Wir sind gegen die Einwohnerwehr. Nachdem aber gegen unsere Stimmen die Errichtung einer solchen beschlossen worden ist, machen es sämtliche Funktionäre der Arbeiterbewegung den Arbeitern zur Pflicht, sich auch daran zu beteiligen.“

Niedersächsische Volksstimme vom 21. November 1919

Im April verfügte der preußische Innenminister Severing (SPD) die Auflösung der Bürgerwehren im Land Preußen. Darauf bildete sich in Hameln – illegal – am 27. April 1920 ein „städtischer Notschutz“, in den 117 Mann der Bürgerwehr übertraten.

Anfang 1921 musste auch dieser „städtische Notschutz“ im Rahmen der allgemeinen Demobilisierung des Deutschen Reiches seine Waffen abliefern und wurde aufgelöst.

Bereits im Mai 1920 wurden in Hameln Spuren der rechtsextremen „Organisation Escherich“ oder „Orgesch“ entdeckt, in der auch einzelne Mitglieder des Stadtrats eine Rolle spielten. Dabei handelte es sich um eine Ersatz- bzw. Tarnorganisation der verbotenen Einwohnerwehren. Sie hatte in Hameln geheime Waffenlager angelegt. Im Juli 1921 wurde die „Orgesch“ reichsweit verboten.

In der Bildung der Einwohnerwehren drückt sich ein elementares Unsicherheitsgefühl des Bürgertums aus, das sich von der Polizei nicht ausreichend geschützt fühlte. Über das Verhältnis der Hamelner Bürgerwehr zur städtischen Polizei war nichts in Erfahrung zu bringen.

Antisemitismus & Dolchstoßlegende

Antisemitismus war ein besonderes Merkmal der rechten Kräfte. Mehrmals meldete die Niedersächsische Volksstimme in der Nachkriegszeit antisemitische Versammlungen in Hameln.

„Der sogenannten ‚Deutschen Volkspartei‘ ist das große Verdienst zuzuschreiben, den antisemitischen Pöbel auf den Plan gerufen zu haben, das politische Leben mit einer beispiellosen Demagogie vergiftet und zu einem wüsten Spektakelplatz gemacht zu haben.“

Niedersächsische Volksstimme vom 12. Januar 1919

Rechtsradikale und Nationalisten verbreiteten die sogenannte „Dolchstoßlegende“. Danach sind an der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg nicht das Militär und die monarchische Führung des deutschen Kaiserreichs schuld, sondern Demokraten und Sozialisten und Juden. Diese seien der unbesiegtten Armee in den Rücken gefallen. Damit war auch eine Ablehnung der Weimarer Demokratie verbunden.

Die Dolchstoßlegende wird das politische Klima auch in Hameln vergiften und Hitler den Weg an die Macht bahnen. So zeigte sich die Bevölkerung der Stadt zu Beginn der Weimarer Jahre gespalten und zerrissen. Diese Spaltung der Bevölkerung in zwei soziale Klassen bzw. politische Lager blieb für die kurze Zeit der Weimarer Republik bestimmend. Wie wird sich die städtische Polizei angesichts dieser spannungsreichen Situation verhalten?



Das Hamelner Rathaus (links) als Polizeidienststelle. Das Foto zeigt einen Teil des Fuhrparks, Fahrräder und leichte Motorräder.

Stadtarchiv

Die Hamelner Polizei – Personal, Ausbildungsstand und Ausstattung

In der Kaiserzeit kamen die Polizisten aus dem Militär; sie hatten „gedient“. Sie wurden für maximal zwölf Jahre angestellt, waren schlecht ausgebildet und – nicht selten – gewaltbereit. Die Polizei funktionierte nach Befehl und Gehorsam.

In Hameln gab es um 1900 einen „Stadtwachtmeister“, der gleichzeitig die Geschäfte eines „Bauschreibers“ besorgte, einen „Polizeidiener“ sowie mehrere „Wächter“ und „Feldhüter“. „Polizei“ war noch kein eigenständiger Beruf.

Die Polizei der Weimarer Republik sollte dagegen auf der Grundlage von Recht und Gesetz im Auftrag des Volkes für die Bevölkerung zu handeln. Weimar wollte eine bürgernahe, hilfsbereite Polizei.

So öffnete sich die Polizei für Bewerber ohne Militärerfahrung. Sogar Frauen wurden vereinzelt eingestellt. Die Einheitslaufbahn wurde eingeführt: alle Polizisten begannen ihre Laufbahn als Schutzpolizisten. Sie bekamen Vertretungs- und Beschwerderechte. Als Vorgesetzte sollten nicht mehr ausgediente Offiziere dienen: die Polizei wollte ihre Führung vielmehr selbst ausbilden.

Die neue Uniform sollte funktional sein und nicht mehr an das Militär erinnern. Der Tschako ersetzte die Pickelhaube und der Schlagstock aus Gummi den Säbel. Damit sollte auch äußerlich eine größere Nähe zu den Bürgern demonstriert werden.

Wie war die Situation in Hameln? In einem Bericht der Polizei Hameln an die Regierung in Hannover von 1931 gibt es einen Hinweis auf die Qualifikation der Hamelner Polizei. Dort heißt es:

„Die Beamten haben größtenteils gedient.“

Das Hamelner Polizeikorps war also entweder bereits im Kaiserreich im Dienst gewesen oder aber es hatte als Soldat an der Front gedient. Vorgeschrieben war für diese Beamten nur die Absolvierung eines dreimonatigen Ausbildungskurses für Polizei-Assistenten an einer Polizeischule. Der Anspruch einer bürgernahen Polizei war in Hameln deswegen nicht leicht umzusetzen.

Auch aus der konservativen Stadtverwaltung heraus, welche die Polizeiaufsicht ausübte, dürfte es keinen Druck auf die Polizei gegeben haben, sich den neuen politischen Verhältnissen anzupassen.

So wird es in Hameln Polizisten gegeben haben, die sich nicht von den Traditionen der Kaiserzeit lösen konnten und die Republik ablehnten und ihr gegenüber mindestens skeptisch eingestellt waren.

Die Personalstärke der Hamelner Polizei

- 1924 gab es laut Haushaltsplan 28 Stellen, von denen allerdings nur 23 besetzt waren.
- 1925 entschied der Rat, die Zahl der Planstellen auf 25 zu senken. Es waren die sogenannten Goldenen Jahre von Weimar, eine Zeit relativer Ruhe und politischer Entspannung.
- 1931 verfügte die Dienststelle über 23 Beamte. Nach den schweren Krawallen der Jahre 1930/31 wurde beschlossen, die Zahl der Beamten um acht zu vermehren.
- Anfang 1933 verfügte die Polizei über 31 Beamte.

Unterbringung und Ausrüstung

Im Rathaus verfügte die Polizei 1931 über acht Räume, dazu drei Gewahrsamszellen im Keller.

- das Kommissarzimmer
- das Wachzimmer
- vier Räume für die Kripo
- ein kleineres Zimmer für die politische und die Gewerbepolizei
- das Polizeiverwaltungsbüro
- das Meldebüro (Einwohnermeldeamt)
- die Registratur

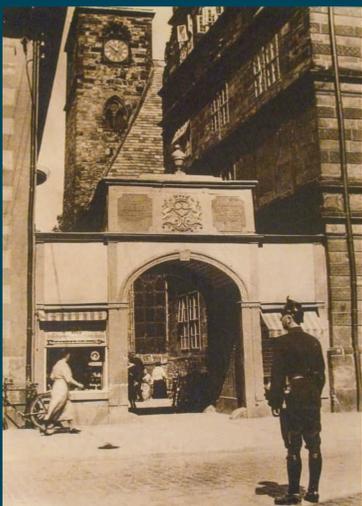
Das Ergebnis einer Revision der Dienststelle vom 15. Dezember 1927 offenbarte erhebliche Mängel in Ausrüstung und Ausbildung:

- Die wöchentliche Dienstzeit eines Beamten betrug 54 Stunden.
- Der Unterricht war zu verbessern.
- Nicht alle Polizisten führten ein Streifenbuch.
- Es gab keine Kleiderablage, und nicht jeder Beamte verfügte über einen eigenen Spind.
- Die Zahl der Gummiknüppel reichte nicht für alle Beamten aus.
- Die Bekleidung musste von den Beamten selbst angeschafft werden.
- „Dienstfahrräder gibt es im allgemeinen nicht, die Beamten haben z.T. eigene Räder. Eine Beihilfe für die Fahrräder erhalten sie nicht.“

Die Motorisierung der Dienststelle

1927 war die Polizei Hameln mit einer dreirädrigen Cyklonette motorisiert. Diese war bei einer Tankstelle untergestellt, aber nicht immer fahrbereit. Der Direktor der Wesermühlen, Dr. Salm, ein Jude, hatte sie der Polizei zur Verfügung gestellt.

1932 schaffte die Hamelner Polizei erstmals einen PKW an, der bei der Feuerwehr untergebracht war.



Polizist in der neuen Uniform vor dem Hamelner Bäckerscharren

Privatbesitz

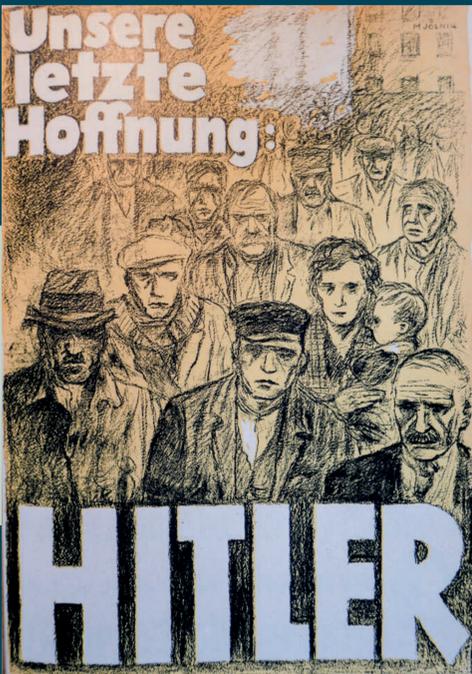


Cyklonette

www.hemmings.com/stories/article/cyklon-cyklonette



Dewezet vom 27. August 1932



Hitler – unsere letzte Hoffnung 1932
 Anschläge. Deutsche Politik an der Litfaßsäule
 1900-1971, Nr. 80

Schlagzeilen der Hamelner Zeitungen über die politische und soziale Lage in Hameln



Dewezeit vom 15. September 1930



Beilage zur Niedersächsischen Volksstimme vom 6. Juli 1931



Niedersächsische Volksstimme vom 21. Juli 1931



Dewezeit vom 10. Dezember 1931



Dewezeit vom 13. Februar 1932



Die Weimarer Koalition aus Sozialdemokraten (SPD), Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und Zentrum
 Wikimedia Commons

Den Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung standen (SPD, Zentrum und DDP) gelang es nicht mehr, regierungsfähige Koalitionen zu bilden.

1929-1932 – Die Zuspitzung der Spannungen

Nach den wenigen „Goldenen Jahren“ der Weimarer Republik verschärften sich ab 1929 mit der beginnenden Weltwirtschaftskrise die politischen und sozialen Spannungen in Hameln.

Es gab in Deutschland vier Reichstagswahlen in drei Jahren. Der permanente Wahlkampf war immer wieder von Gewalt begleitet.

Der Aufstieg der NSDAP

Seit 1929 gelang der NSDAP ein atemberaubender Aufstieg. Sie wurde zur dominierenden Partei des bürgerlich-nationalen Lagers.

Herausragendes Ergebnis der Reichstagswahlen war der Erfolg der NSDAP. In Hameln lag ihr Ergebnis stets deutlich höher als im Reichsdurchschnitt.

Die NSDAP wollte die Demokratie von Weimar zerstören. Dabei spielte der Terror auf den Straßen eine besondere Rolle.

Als paramilitärische Kampforganisation der NSDAP war die SA (Sturmabteilung) beim Aufstieg der Nationalsozialisten entscheidend. Sie schützte mit Gewalt deren Versammlungen vor Gruppen politischer Gegner, störte gegnerische Veranstaltungen und überfiel Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden. Dabei vermied die SA nach Möglichkeit Konflikte mit der Staatsmacht.

Die „Niedersächsische Tageszeitung“ (NTZ) war das Kampfblatt der Nationalsozialisten. Sie erschien seit dem 1. Februar 1931 und wurde mehrfach verboten.

Die Wahlergebnisse 1930-1933

14. September 1930

SPD	Reich	24,5	Hamel	37,9
NSDAP	Reich	18,3	Hamel	25,1

31. Juli 1932

SPD	Reich	21,6	Hamel	33,8
NSDAP	Reich	37,4	Hamel	45,4

6. November 1932

SPD	Reich	20,4	Hamel	30,8
NSDAP	Reich	33,1	Hamel	38,8

5. März 1933

SPD	Reich	18,3	Hamel	23,5
NSDAP	Reich	43,9	Hamel	46,2

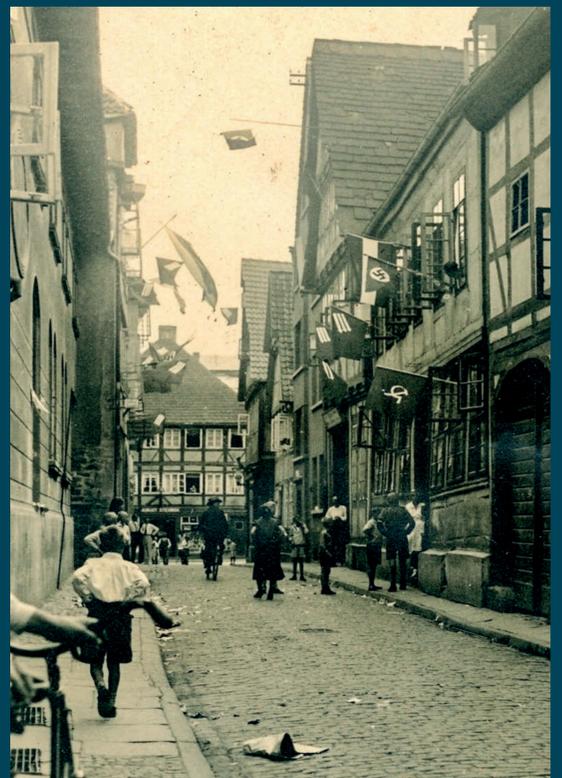
Die Wahlergebnisse für Hameln zeigen dieselbe starke Polarisierung zwischen Rechts und Links, wie sie schon in den Anfangsjahren herrschte.

Die traditionellen bürgerlichen Parteien verschwanden in Hameln nahezu. Ihre Wähler gingen zur NSDAP. Nur noch die rechtsradikale DNVP erreichte mit 8,6 Prozent der Stimmen (am 6. November 1932) ein nennenswertes Ergebnis.

Die KPD spielte in Hameln lange eine geringe Rolle. Erst in der Endphase der Republik (am 6. November 1932) erreichte sie mit 9,1 Prozent ein beachtliches Ergebnis, das aber immer noch unter Reichsdurchschnitt lag.

Wahlkampf in Hameln

Die Wahlkämpfe führten auch in Hameln zu Massenprügeleien und „Saalschlachten“. Allerdings gab es bis Ende 1932 keine Toten wie etwa im Berliner „Blutmai“ im Jahr 1929 oder am „Altonaer Blutsonntag“ im Juli 1932. Die Polizei geriet auch in Hameln zwischen die Fronten.



Symbolkrieg vor der Reichstags-Wahl am 5. März 1933 in der Kupferschmiedestraße (Blickrichtung Wendenstraße)
 Vier Symbole lassen sich auf dem Foto erkennen.

Stadtarchiv Hameln



Schwarz-weiß-rote Fahne: Symbol der DNVP
 Die Fahne steht für die Kaiserzeit und war in der Weimarer Republik verboten.

Anschläge. Deutsche Politik an der Litfaßsäule 1900-1971, Nr. 43



Hakenkreuz auf rotem Grund: Symbol der NSDAP



Hammer und Sichel auf rotem Grund: Symbol des Roten Frontkämpferbundes, der paramilitärischen Schutztruppe der KPD

Wikimedia Commons



Drei schräg gestellte Pfeile: Symbol des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
 Die drei Parteien der „Weimarer Koalition“ (SPD, Zentrum, DDP) hatten das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet. Es sollte dem Schutz der Weimarer Republik gegen ihre radikalen Feinde dienen.

Straßen- und Saalschlachten in Hameln 1930/31



Prinz August Wilhelm von Preußen („Auwi“) 1933 beim Reichserntedankfest auf dem Bückeberg
Der Hohenzollernprinz sprach 1931 für die NSDAP in Hameln.

Sammlung Gelderblom

Drei Straßen- bzw. Saalschlachten geschahen in Hameln in den Jahren 1930/31.

6. Dezember 1930: Versammlung des Reichsbanners im Monopol

Am 6. Dezember 1930 fand im Monopol-Hotel, Hamelns größtem Veranstaltungsort, eine öffentliche Versammlung des Reichsbanners statt. Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ war ein politischer Wehrverband zum Schutz der Weimarer Republik, vor allem von der SPD, aber auch von Zentrum und DDP getragen. Anders als die SA trat das Reichsbanner in aller Regel nicht aggressiv auf.

Laut Polizeibericht befanden sich unter den ca. 800 Besuchern etwa 200 Nationalsozialisten. Die SPD erbat deswegen Polizeischutz, woraufhin mehrere Polizeibeamte in den Saal geschickt wurden.

Damals wurden in politischen Versammlungen häufig politische Gegner als Diskussionsredner zugelassen. Nach etlichen SPD-Rednern sprachen deswegen auch Nationalsozialisten. Der Nationalsozialist Winkelmann heizte die Stimmung auf, indem er sagte, die NSDAP habe nichts gegen die Republik; sie wolle nur die Republikaner einen Kopf kürzer machen.

Als er daraufhin – seine Redezeit war ohnehin abgelaufen – von der Bühne herunter geschrien wurde, kam es zu Tumulten.

„Es wurde mit Stühlen geworfen bzw. geschlagen, sowie mit Teilen von Stühlen und abgebrochenen Latten geschlagen. ...

Arbeitersamariter leisteten den Verletzten Hilfe hinten im Saal, während die Nationalsozialisten ihren Verbandsplatz vorn im Lokal aufgeschlagen hatten.“

Die Polizei räumte schließlich den Saal.

24. Januar 1931: Maskenball des Arbeitersportclubs „Eintracht“ im Gewerkschaftshaus

Am 24. Januar 1931 veranstaltete der Arbeitersportclub „Eintracht“ im Gewerkschaftshaus seinen jährlichen Maskenball.

Als einige Nationalsozialisten dort erschienen, kam es zu einer Schlägerei. Mit Stuhlbeinen als Waffen wurden diese aus dem Haus heraus gedrängt. Die Schlägerei setzte sich auf der Straße fort, bis schließlich die Polizei einschritt.

8. Juli 1931: Prinz August Wilhelm von Preußen spricht für die NSDAP

Ein gutes halbes Jahr später: Am 8. Juli 1931 war es der Hamelner NSDAP gelungen, endlich einmal einen prominenten Redner nach Hameln zu bekommen.

Prinz August Wilhelm von Preußen („Auwi“), vierter Sohn Kaiser Wilhelms II. und seit 1930 in der NSDAP, sollte auf einer großen Doppelveranstaltung im „Stadtsaal“ (heute Sparkasse im Grünen Reiter) und anschließend im Monopol-Hotel sprechen.

Vor dem Stadtsaal kam es zu ersten Zusammenstößen. Laut Polizeibericht wurden Nationalsozialisten, die ihre geparkten Autos bewachten, aus einer Menschenmenge angegriffen. Als die Polizei einschritt, wurde sie ebenfalls mit Steinen beworfen. Ebenso erging es SA-Leuten, die aus dem Stadtsaal herauskamen, worauf diese ebenfalls Steine warfen.

Mittlerweile waren aus Hannover 50 Schutzpolizisten als Verstärkung eingetroffen; mit ihrer Hilfe wurde die Osterstraße geräumt und die Menge in Richtung Deisterstraße abgedrängt.



Der Stadtsaal in der Garnisonkirche: Schauplatz des Auftritts von Prinz August Wilhelm



Stadtarchiv Hameln

Laut Bericht der Dewezet:

„Inzwischen war das Ueberfallkommando in mehreren Wagen eingetroffen, und die Schupo räumte die Deisterstraße wiederholt energisch unter Anwendung des Gummiknüppels.“

Laut Bericht eines Zeitzeugen

„Der Chronist, der als Sechzehnjähriger zufällig in Hameln auf der Deisterstraße war, konnte noch rechtzeitig hinter einem Baum Deckung nehmen, als eine Hundertschaft Hildesheimer Polizeischule die Straße entlang raste und jeden Passanten, gleichgültig Demonstrant oder nicht, rücksichtslos mit ihren Gummiknüppeln verprügelte.“

Friedrich Mattner, Chronik der Gemeinde Emmern

Als die SA nach Ende der Veranstaltung aus dem Monopol zum Stadtsaal zu marschieren versuchte, kam es zu einer erneuten Schlägerei. Erst gegen zwei Uhr am nächsten Morgen konnte die Schupo nach Hannover abrücken.

Gegen elf Personen wurde anschließend ein Strafverfahren eingeleitet wegen

„Werfens mit Steinen, Schießens mit einer Schreckschußpistole, Schlagens mit einem Schulterriemen mit Karabinerhaken, Bedrohung mit einem Knüppel, Mißhandlung, Schießens mit einer Scheintodpistole und Schlagens mit einem Stuhlbein.“

Insgesamt standen schließlich 23 Personen vor Gericht. In 16 Fällen wurden Gefängnisstrafen verhängt. Aus der Berichterstattung der Dewezet geht hervor, dass von den Strafen in der Hauptsache Reichsbannerleute betroffen waren.



Imperial Saal



Der Schauplatz der Versammlung

Stadtarchiv Hameln

eln, Montag, 8. Dezember 1930 53. Jahrg.

Blutige Schlägerei in Hameln.

Zusammenstoß zwischen Reichsbanner und Nationalsozialisten / Kampf mit Steinen, Säulen und Stühlen / Schwere Verletzungen.

Die Geschehnisse ereigneten sich am Sonntag, den 6. Dezember, um 10 Uhr, im Monopol-Hotel in Hameln. Die Nationalsozialisten hatten sich dort versammelt, um eine öffentliche Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold abzuhalten. Die Nationalsozialisten waren durch die Polizei in den Saal gelassen worden. Die Nationalsozialisten sprachen gegen die Republik und forderten die Nationalsozialisten auf, die Republik zu verlassen. Die Nationalsozialisten wurden durch die Polizei aus dem Saal entfernt. Die Nationalsozialisten wurden durch die Polizei in die Straße geschickt. Die Nationalsozialisten wurden durch die Polizei in die Straße geschickt. Die Nationalsozialisten wurden durch die Polizei in die Straße geschickt.

Dewezet
Rechtsauschreiben
für die im Unregelmäßigkeit
ausgegebenen Briefe der Regierung
5 Wochen bis 1. April 1931
kann es durch die Regierung
2 Wochen bis 1. April 1931
1 Woche bis 1. April 1931

Dewezet vom 8. Dezember 1930



Das ehemalige Gewerkschaftshaus in der Baustraße, Foto 2014

Sammlung Gelderblom

Wieder eine schwere Schlägerei.

In der Stadt am Sonntag gegen 1 Uhr kam es zu einer förmlichen Straßenkollision in der Oster- und Deisterstraße. Bei einem im Gewerkschaftshaus stattfindenden Versammlung waren auch einige Gäste erschienen, die hier als Nationalsozialisten bekannt sind. Als diese am Schenktisch standen, wurden diese wie: „Hans mit den Nasen!“ laut. Es kam daraufhin zu einer schweren Schlägerei, bei der Köpfe, Säulen, Gläser und Steinplatten in Trümmer gingen, und mit Stuhlbeinen, Tischfüßen, Knäpfelein und anderen Vorrichtungen geschlagen wurde. Die Nationalsozialisten wurden in der „Wiese“ geschickt, und die Nationalsozialisten sammelten und das Material zu klammern lagerte, das aber schließlich zerstört wurde. Die Polizei verbot weitere Anwesende einzulassen und vertrieb die anwesende Menschenmenge. Wie wir dazu noch hören, soll der Anführer der Nationalsozialisten bei der Schlägerei zwei Weisheitszähne im Gefängnis davonzutragen haben.

In derselben Nacht gegen 2.30 Uhr kam es zu einer zweiten Schlägerei. Ein Reichsbannerführer wurde von Nationalsozialisten, die von einem Reichsbanner beiseite, mit Stufen, wie „Heil Moskau“, beschimpft, und als er davon keine Notiz nahm, schließlich angegriffen, so daß es zu einer Schlägerei kam. Der Reichsbannerführer, der die Namen der Anwesenden feststellen konnte, erstattete Anzeige.

Dewezet vom 26. Januar 1931

Brandwalle in Hameln.

Mit Steinen, Schenktischen und Gläsern / Das Gewerkschaftshaus und das Gewerkschaftshaus / Kampf mit dem Gummiknüppel.

Die Nationalsozialisten haben in Hameln am Sonntag, den 8. Juli, eine öffentliche Versammlung abgehalten. Die Nationalsozialisten wurden durch die Polizei in den Saal gelassen. Die Nationalsozialisten sprachen gegen die Republik und forderten die Nationalsozialisten auf, die Republik zu verlassen. Die Nationalsozialisten wurden durch die Polizei aus dem Saal entfernt. Die Nationalsozialisten wurden durch die Polizei in die Straße geschickt. Die Nationalsozialisten wurden durch die Polizei in die Straße geschickt. Die Nationalsozialisten wurden durch die Polizei in die Straße geschickt.

Wenn schnell und leicht man sich frisieret, dann war's ELIDA SHAMPOO
reicht für 2mal

Dewezet vom 9. Juli 1931



Der Hamelner Oberbürgermeister Dr. Scharnow, seit 1931 im Amt

Die Affäre um das Flugblatt der NSDAP vom 7. August 1931

Stadtarchiv Hameln

Am 7. August 1931 tauchte in Hameln ein anonymes Flugblatt auf, das in einer brutalen Sprache und mit zahlreichen Rechtschreibfehlern zum „Kampf auf illegalem Wege gegen dieses System“ aufforderte.

„Kampf gegen dieses System, dass (sic!) sein Ende durch Notverordnung und Polizeiknüppel hinauschieben versucht.

Lüge, Terror und Korruption (sic!) regieren im Reich. Scharf Euch mit bewaffneten Fäusten um das Hakenkreuzbanner und helft uns, die heutigen Machthaber an den Galgen zu bringen.

Kampf dem roten Mordgesindel mit scharfen Waffen.

Schlagt die sozialdemokratischen Zuchthäuser, so ihr sie trifft.

Schiesst die Gefängnishelden Schlieker, Müller, Arno Reichardt (sic!), Becker, Wilke, Krahn, Busche und die anderen Genossen zusammen.

Bringt die jüdischen Geldverschieber an die Laternenpfähle.

Nieder mit dem Dreigestirn Braun, Brüning (sic!), Severing.

Arbeiter, Handwerker, Geschäftsleute, trotz Verleumdung und roten (sic!) Terror gebt Eure Stimmen dem Volksentscheid am 9. August.“

Es lag nahe, die Urheber dieses ungeheuerlichen Flugblatts bei der Hamelner NSDAP zu vermuten.

- Das „rote Mordgesindel“ sollte erschossen werden, darunter die bekannten Hamelner Sozialdemokraten Karl Müller (Ratsherr, Mitglied des preußischen Landtags und Vorsitzender des Hamelner Konsums) und Arno Reichard (Redakteur der Niedersächsischen Volksstimme).
- „Jüdische Geldverschieber“ sollten an die Laternenpfähle gebracht werden.
- Reichskanzler Heinrich Brüning, dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und dem preußischen Innenminister Carl Wilhelm Severing wurde in ähnlicher Weise gedroht.

Daraufhin beschwerte sich im August 1931 die Hamelner SPD bei der preußischen Regierung in Berlin über die Polizeiführung der Stadt, weil sie das Flugblatt nicht zur Anzeige gebracht hatte.

Am 25. August 1931 richtete Karl Müller eine kleine Anfrage zum Flugblatt an das preußische Staatsministerium in Berlin. Dieses wandte sich daraufhin an den Regierungspräsidenten in Hannover, dieser wiederum an die Polizei Hameln mit der Aufforderung, einen Bericht vorzulegen.

Am 17. September 1931 schrieb die Polizei Hameln an den Regierungspräsidenten, dass ihr das Flugblatt nicht bekannt sei.

Karl Müller ergriff in einem Brief vom 16. September 1931 an den Oberpräsidenten Noske in Hannover erneut die Initiative:

„Private Bemühungen unsererseits haben dazu geführt, dass der Schreiber des Flugblattes einwandfrei ermittelt ist.

Wir haben aber davon der Polizei bislang keine Mitteilung gemacht, weil wir befürchten, daß gerade von dieser Stelle aus die Nazis vorzeitig benachrichtigt werden, sodaß sie sich vorher verständigen und Spuren verwischen.“

Müller bat dringend um die Übersendung eines Kriminalbeamten aus Hannover. Ein Kripo-Beamter aus Hannover verhaftete daraufhin einen Hamelner SA-Mann namens Lohmeyer als Schreiber des Flugblatts und beschlagnahmte seine Schreibmaschine und Papier.

Am 17. Oktober 1931 berichtete die Niedersächsische Volksstimme über den Fall. Lesern der Dewezet wurde der Skandal verschwiegen.

Der Hamelner Oberbürgermeister Scharnow stellte sich vor seinen Polizeichef Ritter:

„Jedenfalls kann von einer wissentlich falschen Berichterstattung nicht die Rede sein.“

Kommissar Ritter sei erkrankt gewesen; ein mit der Untersuchung beauftragter Beamter habe Selbstmord begangen.

Am 31. Oktober 1931 legte Karl Müller noch einmal nach:

„Mir ist wiederholt versichert worden, daß die Polizei in Hameln überwiegend mit dem Nazi sympathisiert.

Mir ist bekannt, daß der Leiter der Polizei, Herr Kommissar Ritter, wiederholt mit Führern der Nationalsozialisten gekneipt hat.

Mir ist bekannt, daß Herr Ritter ein starker Trinker ist.

Mir ist bekannt, daß der Polizeiverwalter, Herr Bürgermeister Dr. Scharnow, alle dem sehr stark durch die Finger sieht.“

Wenn die Polizei behauptete, ihr sei von den Vorgängen nichts bekannt, so sage sie „bewußt“ die Unwahrheit.

Am 31. Oktober 1931 musste Oberbürgermeister Scharnow einräumen, dass sein Bericht vom 17. September teilweise „objektiv unrichtig“ sei.

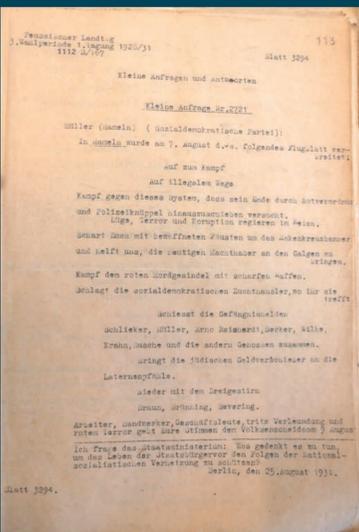
Polizeikommissar Ritter habe aber nur, wo es aus dienstlichen Gründen erforderlich war, mit Angehörigen staatsfeindlicher Parteien am Wirtshaustisch zusammengenessen.

Er habe Ritter am 23. November 1931 aus Krankheitsgründen in den Ruhestand versetzt. Bei dieser Sachlage erübrige sich eine weitere Verfolgung der Angelegenheit.

Am 18. Januar 1932 teilte der Regierungspräsident in Hannover Oberbürgermeister Scharnow mit, dass ihm der preußische Innenminister Severing wegen des objektiv falschen Berichts eine „Mißbilligung“ ausgesprochen habe.

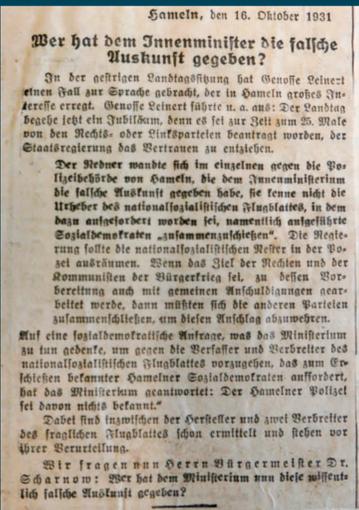
Die Vorwürfe der SPD gegen den Hamelner Polizeikommissar Ritter wegen Kumpanei mit der NSDAP hatten also zu Recht bestanden.

Im Mai 1932 wurde Walter Tuttas zum neuen Polizeikommissar für Hameln gewählt. Er sollte das Hamelner Polizeikorps auf die Einhaltung der Grundsätze der Weimarer Republik ausrichten.

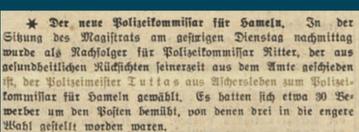


Kleine Anfrage des Hamelner Ratsherrn und MdL Karl Müller im preußischen Landtag vom 25. August 1931

Stadtarchiv Hameln



Niedersächsische Volksstimme vom 17. Oktober 1931



Dewezet vom 16. März 1932



Reichschkanzler Franz von Papen 1933
Bundesarchiv Berlin



Niedersächsische Volksstimme vom
21. Juli 1932

Die letzten Monate der Republik

Nach den gewalttätigen Machtdemonstrationen der SA anlässlich der beiden Reichspräsidentenwahlen am 13. März und am 14. April 1932 verfügte der Reichsinnenminister am 13. April 1932 ein Verbot von SA und SS.

Zwei Monate später – am 14. Juni 1932 – hob der von Reichspräsident Hindenburg eingesetzte Reichschancellor Franz von Papen das Verbot wieder auf.

Ein weiteres Ereignis ermutigte die NSDAP und die SA noch mehr: Der „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932. Der „Altonaer Blutsonntag“ am 17. Juli 1932 mit 18 Toten – die SA war provokativ ins „Rote Altona“ einmarschiert – bot Reichschancellor Franz von Papen den willkommenen Anlass zum „Preußenschlag“. Mit der Begründung, das Land Preußen könne die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht mehr garantieren, setzte er am 20. Juli 1932 per „Notverordnung“ die preußische Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun ab.

Von Papen selbst ließ sich von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskommissar in Preußen ernennen. So fiel das für die Erhaltung der Demokratie wichtigste Land in die Hände der Gegner der Weimarer Republik. Innenminister Carl Severing (SPD) und viele weitere republiktreue Beamte mussten gehen.

Im Sommer 1932 sahen sich die Nationalsozialisten kurz vor der Übernahme der politischen Macht. In der Folge traten sie noch brutaler auf. Vor und nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 ging eine Welle der Gewalt über Deutschland hinweg.

Nach der Aufhebung des SA- Verbots und dem „Preußenschlag“

Auch in Hameln ging die SA nun noch brutaler vor. Die Hamelner SA-Standarte 164 stand unter der Leitung von Standartenführer Richard Kalusche. Mit der selbstgewählten Bezeichnung „Mördersturm“ genoss sie einen in die Region ausstrahlenden Ruf. Sie pflegte ein besonders kriegerisches Selbstverständnis und verkündete die bedingungslose „Opferbereitschaft“ für ihren „Führer“. Für den Fall der Machtübernahme kündigte sie die große Abrechnung mit den politischen Gegnern an.

8./9. Juli 1932: „Bunter Abend“ der NSDAP

In der Nacht vom 8./9. Juli 1932 wurde der Hamelner KPD-Mann Reinhardt von mehreren SA-Männern zusammengeschlagen und schwer verletzt. Unter den Tätern war der SA-Mann Budde.

Am Abend des folgenden Tages kam es zur Revanche, als die SA einen „Bunten Abend“ im Monopol-Hotel veranstaltete. Auf dem Weg zum Monopol wurde Budde von mehreren KPD-Leuten niedergeschlagen. Dabei erhielt er einen Messerstich in den Oberschenkel.

Buddes Begleiter alarmierten die SA im Monopol. 50-70 SA-Leute überrannten die beiden vor dem Lokal postierten Polizeibeamten und verfolgten die Kommunisten. In der Platzstraße kam es zu einer wüsten Schlägerei. Es wurde mit Schulterriemen geschlagen und mit Bierseideln geworfen.

Zusammenstöße in Groß Berkel und Hess. Oldendorf

In der Nacht nach der von der NSDAP triumphal gewonnenen Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 kam es zu mehreren Zusammenstößen zwischen Reichsbannermännern und SA. Dabei wurde von Seiten der SA auch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. In Groß Berkel verhaftete die Polizei elf Reichsbannerleute, während die SA-Männer, die geschossen hatten, entkamen. In Hess. Oldendorf erschoss die SA den Reichsbannermann Fritz Schwedt.

Juli 1932: Putschpläne der Hamelner SA

Am 7. Juli 1932 veröffentlichte die Niedersächsische Volksstimme einen „Aufmarschplan“ der Standarte 164 für Hameln. Standartenführer Kalusche hatte die Unterlagen peinlicherweise in einer Aktentasche verloren und musste der Polizei gegenüber zugeben, daß der Abdruck in der Niedersächsischen Volksstimme mit den Originalen übereinstimme.

Der Plan enthielt differenzierte Auflistungen für einen potentiellen Einsatz der Standarte 164 in Hameln und Umgebung:

Besetzung von wichtigen Gebäuden, Sicherung der Zufahrtsstraßen, Quartierverteilung, Organisation des Meldewesens, Sicherung des ländlichen Umlands, Alarmpläne, etc.

Kalusche redete sich damit heraus, dass sich der Plan auf den „Einsatz von Kräften bei einem evt. kommunistischen Unternehmen gegen die bestehende Staatsordnung“ beziehe.

Die Polizei verfolgte den Fall nicht weiter. Der Dewezet war er nicht einmal eine Meldung wert.

Nicht wenige Einwohner Hamelns dürften dem Plan aufgeschlossen gegenübergestanden haben.

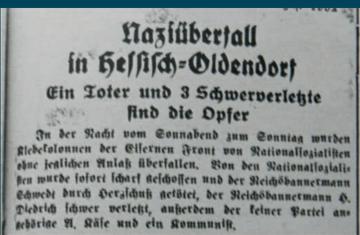


Richard Kalusche, ein Foto aus seiner NSDAP-Personalakte
Kalusche hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg den rechtsradikalen Freicorps angeschlossen und war Führer der Hamelner SA-Standarte 164.

Bundesarchiv Berlin



Dewezet vom 1. August 1932



Niedersächsische Volksstimme vom
2. August 1932



Niedersächsische Volksstimme vom
2. August 1932



Standartenführer Richard Kalusche

Heimatbuch des Kreises, S. 4

Hitler an der Macht – Die neue Aufgabe der Polizei: „... den elementaren Grundsätzen der Bewegung Geltung verschaffen.“



Zwei Zeitungsmeldungen: Dewezet vom 30. Januar 1933 / Niedersächsische Volksstimme vom 18. Februar 1933

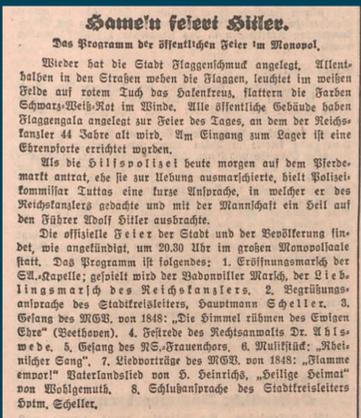


Propagandapostkarte zum 30. Januar 1933



Propagandaplakat zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler
Zwei „Führer“ stehen über Parlament und Parteien.

Anschläge. Deutsche Politik an der Litfaßsäule 1900-1971, München 1972, Nr. 89



Dewezet vom 2. Mai 1933

Zum 30. Januar ernannte Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler als Führer der stärksten Fraktion im Reichstag zum Kanzler. Dieser Akt leitete die Zerstörung der Demokratie von Weimar ein. Gewaltenteilung, Grundrechte, Pressefreiheit, Pluralismus und Föderalismus wurden innerhalb weniger Wochen abgeschafft. Die Nationalsozialisten proklamierten eine neue Ordnung: das „Dritte Reich“.

Der NS-Terror entfaltete sich nun ungestört und öffentlich, um lähmenden Schrecken zu verbreiten.

In kürzester Zeit ließ sich die Polizei einerseits ausschalten und andererseits zur Helfershelferin umformen.

Im Verwaltungsbericht der Polizeibehörde Hameln für den Zeitraum 1. April 1933 bis 31. März 1934 formulierte der Hamelner Kommissar Tuttas:

„Die hiesige Polizeibeamtenschaft besteht nur aus Männern, die jahrelang im Weltkriege an der Front gestanden haben. ... In ihnen steckt ein guter Kern und deshalb waren sie sich stets ihrer hohen Pflichten gegen Staat und Volk bewußt.

Zu Beginn der nationalsozialistischen Machtergreifung konnte die hiesige Gemeindepolizei, nachdem die unzuverlässigen Elemente ausgemerzt waren, dem neuen Staat ein Polizeikorps zur Verfügung stellen, das allen Anforderungen, auch wenn sie noch so hoch waren, gerecht wurde.

Durch die tatkräftige Unterstützung der SA. und SS., die die Polizei in politischer Hinsicht restlos unterstützten und mit denen durch den gemeinschaftlichen Kampf sich bald ein inniges kameradschaftliches Verhältnis gestaltete, ... konnten die Erfolge errungen werden, die im vorliegenden Bericht aufgezeichnet sind.

Durch Abhaltung von regelmäßigen Vorträgen über die nationalsozialistische Weltanschauung ... wurde dieses Gedankengut den Beamten vermittelt, um so die innerliche Verbundenheit der Polizei und der Bewegung sicherzustellen.“

Walter Tuttas, der als Garant einer auf die Grundsätze der Weimarer Republik verpflichteten Polizei nach Hameln geholt worden war, trat nun als eifriger Verfechter des neuen Regimes auf.

Er sorgte für

- „die innerliche Verbundenheit der Polizei und der [NS-] Bewegung“
- die „tatkräftige Unterstützung der SA. und SS.“
- die „Ausmerzungen“ der „unzuverlässigen Elemente“

„... tatkräftige Unterstützung der SA. und SS. ...“

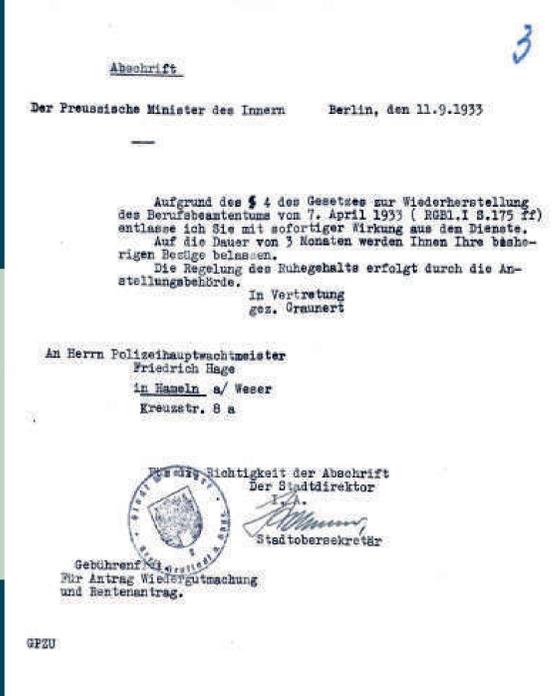
Der Hamelner Oberbürgermeister stellte mehrere SA-Männer in den Polizeidienst ein.

- Am 21. Dezember 1933 meldete er an den Regierungspräsidenten eine freie Polizeistelle, auf die ein SA- oder SS-Mann eingestellt werden könnte.
- Am 28. Mai 1935 hielt Kommissar Tuttas in einem Aktenvermerk fest, dass zwei SA-Männer eingestellt werden sollten, darunter der SA-Mann Lohmeyer, der Verfasser des demagogischen Flugblatts von August 1931 (s.o.).
- Am 9. August 1935 meldete der Oberbürgermeister an den Regierungspräsidenten, dass er seine Bedenken gegen die Einstellung des SA-Mannes Feltin nun zurückgestellt habe.
- Eine vom Oberbürgermeister befürwortete Einstellung des SA-Standartenführers Richard Kalusche als „Polizeiverwalter“ lehnte der Regierungspräsident 1934 ab.

„... die innerliche Verbundenheit der Polizei und der [NS-] Bewegung ...“

Im Verwaltungsbericht der Ortspolizeibehörde Hameln für den Zeitraum 1. April 1934 bis 31. März 1935 formulierte der Hamelner Polizeikommissar Tuttas die Aufgaben der Polizei folgendermaßen:

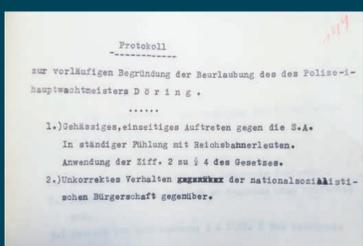
Die Aufgaben der Polizei könnten nur gelöst werden „in Verbindung mit der zwingenden Forderung des Nationalsozialismus an die Polizei, den elementaren Grundsätzen der Bewegung Geltung zu verschaffen. Wenn auch der formelle Aufgabenbereich der Polizei sich nicht verändert hat, so versteht man heute unter öffentlicher Sicherheit und Ordnung den Zustand, der eine Übereinstimmung und einen Zusammenklang des Lebens der gesamten Volksgemeinschaft mit dem grundsätzlichen Gedankengut des Nationalsozialismus darstellt.“



Der preußische Minister des Innern an Fritz Hage am 11. September 1933

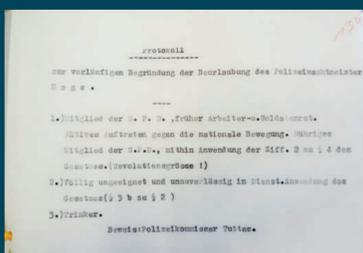
Niedersächsisches Landesarchiv Hannover

„... nachdem die unzuverlässigen Elemente ausgemerzt waren ...“



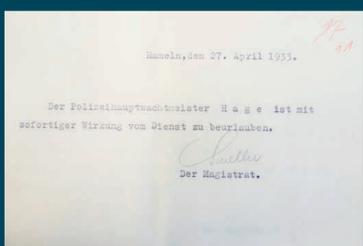
Zwei „unzuverlässige“ Polizeibeamte ließ der seit April 1933 im Amt befindliche kommissarische Hamelner NSDAP-Oberbürgermeister Franz Scheller mit sofortiger Wirkung vom Dienst beurlauben: die Polizeihauptwachmeister Fritz Hage und Hermann Döring.

Um Gründe für ihre Entlassung zu haben, ließ er für beide Dossiers anlegen, die aus Denunziationen bestanden, welche – auch anonym – aus der Stadtverwaltung an die Hamelner NSDAP-Kreisleitung gesandt worden waren – ein mehr als fragwürdiges Verfahren. Scheller entband dafür eigens alle Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung von ihrer Schweigepflicht.



Ergebnis der von Oberbürgermeister Scheller gesammelten Vorwürfe gegen Hage und Döring
Die angezogenen Paragraphen beziehen sich auf das 1933 erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“.

Stadtarchiv Hameln



Beurlaubung Hages mit sofortiger Wirkung am 27. April 1933

Stadtarchiv Hameln

Die häufigsten Vorwürfe waren „antinationales“ Verhalten, „gehässiges Auftreten“ gegenüber der NSDAP, Sympathie für oder gar Mitgliedschaft in der SPD und angebliche dienstliche Verfehlungen.

Fritz Hage wurde seine Mitgliedschaft in der SPD vorgehalten. Außerdem sei er „völlig ungeeignet und unzuverlässig im Dienst“.

Hermann Döring sei gegen Anhänger der „nationalen Bewegung“ besonders „gehässig“ aufgetreten. Oberbürgermeister Franz Scheller führte über ihn aus: „Hätte der Magistrat der Stadt Hameln am 27. April 1933 Döring nicht in Schutzhaft nehmen lassen, so wäre nach Ansicht des Unterzeichneten, der die Hamelner Verhältnisse ganz genau kennt, Döring schon längst eine Leiche.“

Nach kurzen Verfahren wurden sowohl Döring wie Hage aus dem Dienst entfernt.

Der Fall des Polizeihauptwachmeisters Fritz Hage

Fritz Hage war nach seinem Dienst an der Front im Ersten Weltkrieg im Alter von 32 Jahren durch den Hamelner Arbeiter- und Soldatenrat in die sogenannte „Sicherheitskompanie“ berufen worden. Über die „Hilfspolizeitruppe“ wurde er in die offizielle städtische Polizei überführt. 1920 stellte ihn die Stadt Hameln auf Lebenszeit an. Den dreimonatigen Ausbildungskurs für Polizei-Betriebs-Assistenten an der Polizeischule Münster besuchte Fritz Hage 1927.

Das dienstliche Verhalten Fritz Hages gab schon vor 1933 zu Beschwerden Anlass. Es blieb jedoch bei Verwarnungen und Geldstrafen.

Der kommissarische Oberbürgermeister Scheller versuchte, Hage nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zu entlassen. Er biete nach seiner bisherigen politischen Einstellung nicht die Gewähr dafür, dass er jederzeit für den nationalen Staat eintrete.

Fritz Hage gab zu, SPD-Mitglied gewesen zu sein; er sei aber nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler sofort aus der Partei ausgetreten. Gegenüber Anhängern der NSDAP habe er sich dienstlich nie übermäßig streng gezeigt und eine aktive parteipolitische Betätigung unterlassen.

Der Regierungspräsident in Hannover legte gegen die Entlassung ein Veto ein. Er vermochte ein „nationalfeindliches“ Verhalten Hages nicht zu erkennen.

Darauf ließ der Magistrat diesen Vorwurf fallen und stellte nun pauschal darauf ab, Hage habe „im allgemeinen wenig durchgegriffen“ und sei „als Polizeibeamter unmöglich“.

Die höchste Instanz, das preußische Innenministerium in Berlin, entschied dann kurzerhand am 11. September 1933, Fritz Hage mit sofortiger Wirkung wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aus dem Dienst zu entlassen, obwohl weder konkrete Vorwürfe noch bewiesene Sachverhalte gegen ihn vorlagen.

Fritz Hage erhielt in der Folge ein gekürztes Ruhegehalt, war arbeitslos und fand erst 1938 eine Anstellung als Hilfsarbeiter in dem Hamelner Bauunternehmen Fechner.



Seit März 1933 – Die Tätigkeit der Hilfspolizei in Hameln



SA-Männer bei der Rekrutierung und Waffenausgabe



Gemeinsamer Streifendienst

Alle drei Fotos: Deutsches Historisches Museum Berlin

Den Brand des Reichstagsgebäudes in Berlin in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 nutzten die Nationalsozialisten für die Ausrufung des Ausnahmezustandes und die Verhaftung von politischen Gegnern. Hermann Göring als Dienstherr der preußischen Polizei setzte zusätzlich SA-Männer als Hilfspolizisten ein.

Um der vermeintlichen Gefahr eines kommunistischen Aufstandes begegnen zu können, wurde der Personalkörper der Polizei durch die Einsetzung von Hilfspolizei zeitweise stark vergrößert. In der Installation der Hilfspolizei drückt sich auch ein Misstrauen der NSDAP gegenüber der Polizei aus, die in den Zeiten der Weimarer Republik teilweise hart gegen die NSDAP vorgegangen war.

Die Hilfspolizei sollte in Gemeinschaft mit Polizeibeamten Dienst tun. Tatsächlich wurde sie aber auch selbstständig etwa zu Durchsuchungen und Razzien bei politischen Gegnern sowie deren Inhaftierung eingesetzt.

Die Stärke der Hamelner Hilfspolizei

Am 3. März 1933 richtete Oberbürgermeister Scharnow an den Regierungspräsidenten die Bitte, 38 Hilfspolizisten aus den Reihen der SA zur Sicherung eines Fackelzugs der NSDAP am 4. März und zur Sicherung der Reichstagswahlen am 5. März einsetzen zu dürfen. Eine Namensliste der SA-Männer legte er bei.

Insgesamt kamen in Hameln 130 Hilfspolizisten zum Einsatz, eine sehr hohe Zahl, wenn man bedenkt, dass die reguläre Polizei 31 Kräfte hatte. Die Hamelner Hilfspolizei wurde aus der SA und dem Stahlhelm rekrutiert. Sie stand unter der Führung des Polizeihauptmanns Binder von der Polizeischule Hildesheim.

Festnahmen und Haussuchungen durch Hilfspolizei und Polizei

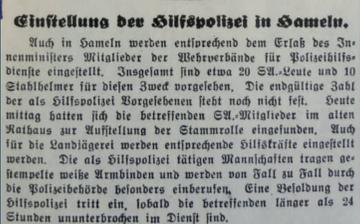
Die Hilfspolizei machte – teilweise ohne Begleitung der Hamelner Schutzpolizei – Haussuchungen in sozialdemokratischen Einrichtungen wie der Druckerei der Niedersächsischen Volksstimme, der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) und dem Konsum.

In den Baracken am Brösselweg, im Hamelner Hafen und der „Jugendburg Oberweser“ oberhalb von Aerzen wurden Razzien durchgeführt. Die NSDAP vermutete dort kommunistische Zellen und Waffenverstecke.

Auch die städtische Verwaltung musste sich wegen der sozialdemokratischen Angestellten eine Haussuchung gefallen lassen.

Die Festgenommenen kamen in „Schutzhaft“ ins Hamelner Gefängnis oder wurden der SA übergeben, die in der Wesermühle zeitweise ein provisorisches KZ unterhielt und folterte.

All das geschah ohne richterliche Untersuchungs- und Haftbefehle. Im Rahmen der „nationalen Revolution“ ließ sich die Polizei instrumentalisieren und unterstützte die Hilfspolizei bei ihrem ungesetzlichen Handeln.



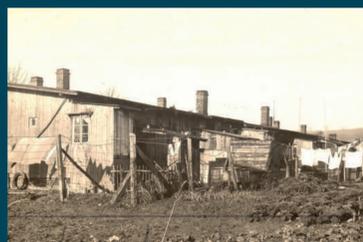
Dewezet vom 1. März 1933



Dewezet vom 4. März 1933



Konsumgenossenschaft Hameln an der Deisterstraße



Baracken am Brösselweg



„Jugendburg Oberweser“ oberhalb von Aerzen

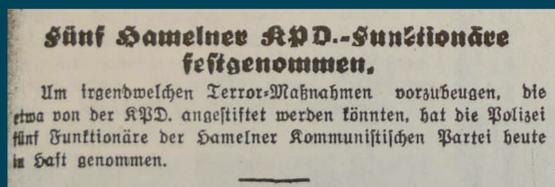


Druckerei der Volksstimme in der Heiliggeiststraße (in Höhe des PKW)



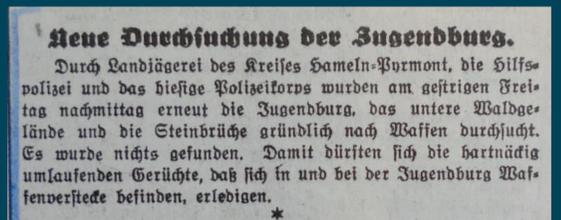
Allgemeine Ortskrankenkasse in der Zentralstraße

Alle fünf Fotos: Stadtarchiv Hameln



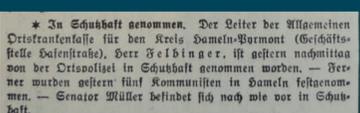
Festnahme von KPD-Funktionären

Dewezet vom 4. März 1933



Durchsuchung der „Jugendburg Oberweser“

Dewezet vom 18. März 1933



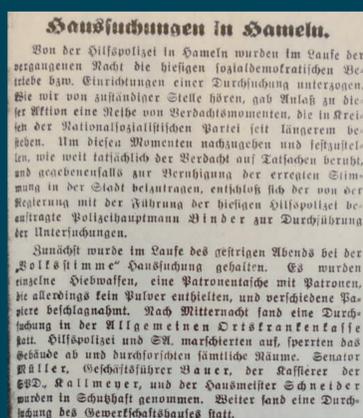
Festnahme des Leiters der AOK

Dewezet vom 31. März 1933



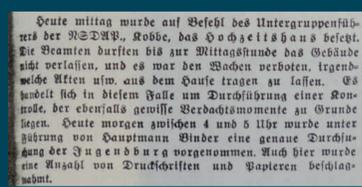
Beurlaubungen von städtischen Beamten

Dewezet vom 18. März 1933



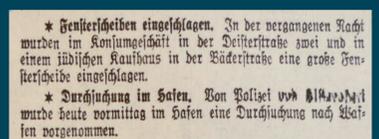
Haussuchungen in sozialdemokratischen Einrichtungen

Dewezet vom 13. März 1933



Haussuchung im Hochzeitshaus

Dewezet vom 13. März 1933



Vandalismus gegen jüdische und sozialdemokratische Geschäfte und Razzia im Hafen

Dewezet vom 30. März 1933

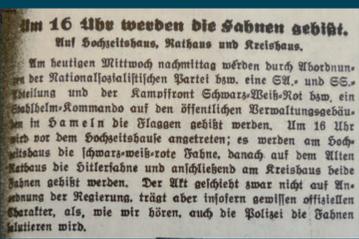


Demonstration der NSDAP und einer großen Menschenmenge vor dem Hochzeitshaus, damals als Sitz der Stadtverwaltung

Stadtarchiv Hameln

8. März 1933 – Flaggenhissung auf dem Hochzeitshaus

1. April 1933 – Boycott gegen jüdische Geschäfte



Dewezet vom 8. März 1933

Bei den Reichstags-Wahlen am 5. März 1933 erreichte die NSDAP 46,2 Prozent in Hameln. Angesichts der Tatsache, dass die SA beim Wahlkampf unangefochten die Straße beherrscht hatte, war das enttäuschend wenig.

Aber umso lauter feierte die NSDAP ihren „Triumph“ und besetzte die Osterstraße vor dem Hochzeitshaus, das damals die Verwaltungsspitze der Stadt beherbergte. Noch saß dort mit Oberbürgermeister Scharnow ein Bürgerlicher, ein Mitglied der konservativen Deutschen Volkspartei, und auch die Verwaltung war noch die alte. Lautstark forderte sie die Entlassung Scharnows und hisste auf dem Hochzeitshaus die Hakenkreuzfahne.

Mit recht vagen Worten kündigte die Dewezet die illegale Fahnenhissung an:

„Der Akt geschieht zwar nicht auf Anordnung der Regierung, trägt aber insofern gewissen offiziellen Charakter, als, wie wir hören, auch die Polizei die Fahnen salutieren wird.“



Bericht der Dewezet vom 9. März 1933

Mit der Demonstration vor dem Hochzeitshaus und Flaggenhissung wollte die NSDAP ihre Forderung nach einer sofortigen Übernahme der Macht auch in der städtischen Verwaltung unterstreichen.

Der Bericht der Dewezet über die Veranstaltung vermeidet jede Kritik an der Veranstaltung:

„Gestern nachmittag fand die Hissung der Fahnen der nationalen Front auf den öffentlichen Gebäuden in Hameln statt. Pünktlich um 16 Uhr rückten SA.- und SS.-Abteilungen und eine Gruppe der Hitlerjugend unter Führung der SA.-Standartenkapelle vor dem Hochzeitshaus auf, wo die Polizei-Mannschaft Aufstellung genommen hatte und eine große Menschenmenge zusammengeströmt war.

... bei den Klängen des Präsentiermarsches gingen an den Masten des Hochzeitshauses die Fahnen hoch, in der Mitte die Farben Schwarz-Weiß-Rot, rechts die Hitlerfahne, links die preußische (= schwarz-weiß).“

Was rechtfertigt eigentlich die Anwesenheit einer Abordnung der Polizei bei einer derartigen Parteiveranstaltung, die ungesetzlichen Druck auf den gewählten Oberbürgermeister und auf die Stadtverwaltung ausüben will? Auch hier ließ sich die Hamelner Polizei vom neuen Regime instrumentalisieren.

1. April 1933: Boycott der jüdischen Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte

Der Boycott der jüdischen Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte am 1. April 1933 sollte dem brutalen Antisemitismus insbesondere der SA Genugtuung verschaffen. Die Anschläge auf jüdische Einrichtungen zogen sich in Hameln über mehrere Wochen hin, hatten den Charakter eines Pogroms und fielen besonders grausam aus.

Das Vorgehen gegen die jüdischen Geschäfte fand in aller Öffentlichkeit statt. Es ist kein Fall bezeugt, dass die Polizei angesichts der ungesetzlichen Boykotte der SA und NSDAP eingegriffen hätte. Sie schaute weg, wie auch die Hamelner Bürger zu allermeist wegschauten.

Die Folge der Boykotte war, dass die meisten jüdischen Geschäfte, Arzt- und Rechtsanwaltspraxen binnen Jahresfrist aufgegeben werden mussten.



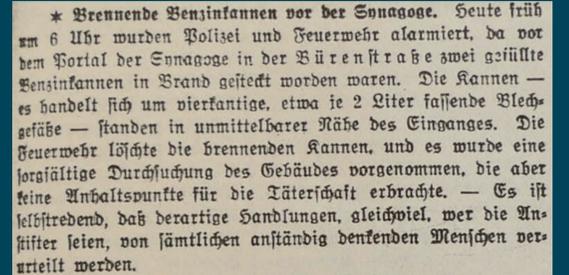
Der Boykottaufruf

Anzeige in der Dewezet vom 1. April 1933



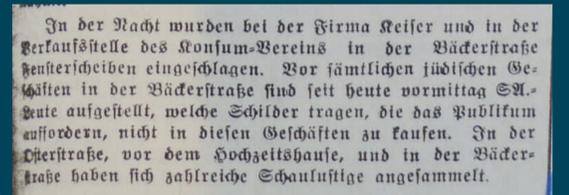
SA-Mann mit Schild vor einem jüdischen Schuhgeschäft am Markt

Sammlung Gelderblom



Brandanschlag auf die Synagoge

Dewezet vom 6. März 1933



Vorgehen gegen jüdische Geschäfte und den Konsum am 12. März 1933

Dewezet vom 13. März 1933



Vorgehen gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933

Dewezet vom 3. April 1933



Öffentliche Demütigung des SPD-Kreistagsabgeordneten Hermann Weidemann durch SA-Männer in Hofgeismar

Topographie des Terrors, Berlin

„Spießbrutenlaufen“ und „Säuberungen“ – Die Abrechnung mit den politischen Gegnern



„Spießbrutenlaufen“ des KPD-Mannes Erich Schulz in Neuruppin

Museum Neuruppin

27. April 1933: Der Sturm auf das Rathaus

Mit einem „Sturm auf das Rathaus“ wollte die Hamelner NSDAP den entscheidenden Schritt zur Macht tun. Früh am Morgen heulten in der ganzen Stadt die Sirenen. „Erregte Bürger“ sammelten sich vor dem Hochzeitshaus. Dort tagte die Ratsfraktion der NSDAP. Sie beschloss die Beurlaubung und Amtsenthebung von Oberbürgermeister Scharnow.



Akt 1: Die „Beurlaubung“ von Oberbürgermeister Dr. Scharnow

Als Oberbürgermeister Scharnow kurz nach acht Uhr im Rathaus eintraf, polterte die gesamte NSDAP-Fraktion in sein Dienstzimmer und konfrontierte ihn mit ihrem Beschluss, sofort zurückzutreten. Dem Manne blieb nichts anderes übrig, als seine Beurlaubung zu beantragen und sein Amt auf NSDAP-Kreisleiter Franz Scheller zu übertragen.

Es hatte Scharnow nichts genützt, dass er sich seit Januar 1933 auf die Seite der Hamelner NSDAP geschlagen und alle ihre Forderungen erfüllt hatte.

Nach diesem ersten Streich beschloss die Fraktion unter Leitung Schellers, „sofort“ sechs Beamte der Verwaltung in „Schutzhaft“ zu nehmen und zwölf weitere vom Dienst zu beurlauben.



Oberbürgermeister Dr. Otto Scharnow und sein kommissarischer Amtsnachfolger, der NSDAP-Kreisleiter und Hauptmann a.D. Franz Scheller

Stadtarchiv Hameln / Bundesarchiv Berlin

Akt 2: „Spießbrutenlaufen“ und „Schutzhaft“ für städtische Beamte

So weit sind die Ereignisse des Tages aus der Dewezet bekannt. Über einen Akt besonderer Brutalität berichtete die Zeitung nicht: Die in „Schutzhaft“ genommenen Männer mussten durch eine aufgeputzte Menge „Spießbrutenlaufen“: vom Rathaus durch die Bäckerstraße zum Hamelner Gefängnis (heute Hotel Stadt Hameln).

Aussage des im Stadtbauamt beschäftigten Architekten Walter Scheumann vom 28. November 1955:

„Um der Bevölkerung und insbesondere den Mitgliedern der NSDAP ein möglichst eindrucksvolles Schauspiel zu bieten, ging die erste Verhaftung so vor sich, daß die Häftlinge zuerst einzeln von Polizisten in Begleitung von SA Männern vor den Haupteingang des Rathauses, vor dem sich bereits gehässige Nazis dicht drängten, geschleppt wurden. Während dieser Sammelaktion wurden sämtliche Glocken Hamelns geläutet.“

Nachdem das Nazikommando glaubte, genügend politische Gegner auf die geschilderte Weise im Rathaus zusammengetrieben zu haben, wurden wir Verhafteten im Flur aufgestellt und dann gezwungen, einzeln durch das Hauptportal zu treten. Wir mußten uns in Reihen zu je 4 Mann aufstellen.



Arno Reichard, Redakteur der Niedersächsischen Volksstimme

Stadtarchiv Hameln

Inzwischen johlte, schrie und schimpfte der Mob. Unter dem Geläute sämtlicher Glocken setzte sich dann der traurige Zug angesehenen Männer in Marsch, voran ging eine Horde dunkler ‚Ehrenmänner‘ der SA, seitlich rechts und links waren wir von einem starken Aufgebot von Polizisten eskortiert. Man führte uns durch die Straßen der Stadt unter fortwährendem Geläut der Sturmglocken. Die Bürgersteige der von uns durchzogenen Straßen waren überfüllt von unruhigen, schlimmen Elementen, die bis zur Weißglut aufgestachelt waren.

Gegenüber dem Eingangstor des Gefängnisses schrie ein assoziales (sic!) Individuum, der berühmte Herr ‚Eichenauer‘, natürlich SA Mann, auf einer Mauer stehend, den vorm Gefängnis stehenden einen mit wilden Verwünschungen gespickten Vortrag gegen die ‚in Schutzhaft‘ Genommenen entgegen. ... Das Volk erging sich in wüsten Schimpfkanonaden.

Ich entsinne mich genauestens, daß ich mich aufs tiefste verletzt fühlte, als die Frau des Dachdeckers M. ... vorm Gefängnis laut schrie:

‚Seht ihn euch an Leute, das ist der Scheumann, der Lump, der Schufft!‘

Unter solchen beschämenden Umständen erreichten wir den Gefängnishof, die wir wie eine Horde Schwerverbrecher ... durch die Stadt geführt wurden. Wir waren uns einig darin, daß dieser Aufzug, ... der übelste Aufzug gewesen ist, der sich je durch die Straßen der Stadt bewegt hat. Meine Nerven waren am Ende, es ist mir nach dem Erlebten nie mehr gelungen, die alte Spannkraft wieder zu gewinnen. Am 27. April wurde ich von der Stadtverwaltung Hameln ... ohne Nennung von Gründen mit sofortiger Wirkung beurlaubt.“

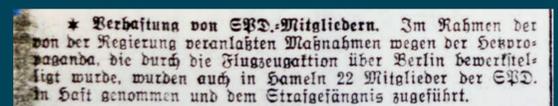
Der gesamte Vorgang wurde von Hamelner Polizei „begleitet“.

Nachweislich wurden nach teilweise lange dauernden Verfahren vier Beamte entlassen, darunter die Polizeihauptwachtmeister Döring und Hage (s.o.). Die „gesäuberten“ Positionen wurden mit Nationalsozialisten, „alten Kämpfern“, besetzt und der Verwaltungsapparat auf diese Weise „gleichgeschaltet“.

22. Juni 1933: „Spießbrutenlaufen“ von 22 SPD-Funktionären

Am 22. Juni führte die SA 22 SPD-Mitglieder – teilweise in Ketten – durch die Stadt. Unter ihnen war der der NSDAP und SA besonders verhasste Redakteur der Niedersächsischen Volksstimme Arno Reichard. Er musste ein Schild tragen:

„Auch ich habe vom Arbeitergroschen gelebt.“



„Verhaftung von SPD-Mitgliedern“ Vom „Spießbrutenlaufen“, zu dem die Männer gezwungen wurden, berichtet die Zeitung nicht.

Dewezet vom 26. Juni 1933



Ernst Jahn in verschiedenen Lebensaltern
Privatbesitz



Aus dem Familienalbum: Die Kinder von Ernst Jahn
Privatbesitz



Stolperstein und Erinnerungstafel für Ernst Jahn an der Hamelner Schleuse
Sammlung Gelderblom

Der Tod in der Schleuse – Ein vertuschter politischer Mord

Am 5. Februar 1935 meldete die Dewezet: „In die Weser gefallen und ertrunken. In der Nacht zum heutigen Dienstag ereignete sich an der Schleuse ein bisher noch völlig ungeklärtes Unglück. In der Nacht hörte ein Beamter der Wach- und Schließgesellschaft dort plötzlich Hilferufe und weckte den Schleusenmeister. Die sofort angestellten Nachforschungen der Männer nach der Herkunft der Hilfeschreie blieben ergebnislos.“

Seit Tagesgrauen ist man nun bemüht gewesen, mit Stangen und Haken die Schleuse abzusuchen, nachdem man einen Hut und Pantoffeln gefunden hatte, die dem Anwohner Jahn gehören, wie die Ermittlungen ergaben. Den vereinten Kräften gelang es, gegen 11 Uhr die Leiche aus der Schleuse zu bergen, was bei einem Wasserstand von sechs Meter sehr schwierig war.

Wie das Unglück geschehen konnte, ist noch völlig ungeklärt. Die Kriminalpolizei ist bemüht, den Sachverhalt zu erforschen.“

Schon einen Tag später, am 6. Februar 1935, folgte ein weiterer Bericht in der Dewezet:

„Der Tod in der Schleuse. Zu unserem gestrigen Bericht über den tragischen Vorfall an der Schleuse läßt sich nur soviel noch nachtragen, daß es sich um den Friseur Jahn, Pyrmonter Str., einen Vater von vier Kindern, handelt. Der Unfall ereignete sich an der neuen Schleuse. Es wird wohl ungeklärt bleiben, wie sich das Unglück zugetragen hat, denn für einen Selbstmord liegen ebenso wenig Anhaltspunkte vor, als die Frage – mangels Zeugen – geklärt werden kann, wie es geschehen konnte, daß Jahn in die Weser gestürzt ist.“

Während der erste Bericht zuversichtlich mit dem Satz endet:

„Die Kriminalpolizei ist bemüht, den Sachverhalt zu erforschen.“

heißt es bereits am nächsten Tag:

„Es wird wohl ungeklärt bleiben, wie sich das Unglück zugetragen hat.“

Erklären lässt sich der plötzliche Stopp der polizeilichen Ermittlungen nur damit, dass hier „von oben“ eingegriffen wurde. Weder Kripo noch Zeitung werden der Sache weiter nachgehen.

Die Hintergründe des Todes von Ernst Jahn konnten erst 2013 durch ein Interview von B.G. mit der ältesten Tochter Jahns geklärt werden. In der Nacht vom 4. auf den 5. Februar 1935 warfen SA-Männer das ehemalige SPD-Mitglied Fritz Jahn in die Hamelner Schleuse. Es war ein später Racheakt der Hamelner SA, der nach außen vertuscht werden musste.

Fritz Jahn wurde am 15. März 1903 in Hameln geboren. Er war Friseur und gehörte der Hamelner SPD an. Fritz Jahn war verheiratet mit Lina, geb. Berries, aus Tündern. Die Eheleute hatten vier Kinder. Die Familie wohnte in der Pyrmonter Straße 29 in Höhe der Schleuse.

Seit 1933 war Jahn arbeitslos; er wurde dann zum Bau des Friedhofs Am Wehl dienstverpflichtet.

Am 4. Februar 1935 klopfte abends – es herrschte Dunkelheit – jemand an die Haustür und bat um Hilfe. Jahn sollte dabei helfen, eine alte Frau umzubetten. Jahn kannte den Mann, der da klopfte, und er kannte auch die alte Frau. So ging er mit.

Die Tochter erinnert sich daran, dass der Vater in Pantoffeln die Wohnung verließ. Kurze Zeit später hörte die Familie Hilferufe. „Das war der Vater!“ Als erstes fand seine Frau seine Mütze, dann die Pantoffeln.

Hamelner SPD-Genossen hatten Ernst Jahn gewarnt, er solle die Stadt für einige Tage verlassen. Selbst gingen sie aus Furcht vor der SA damals nach Bremen. Jahn blieb: „Ich habe Frau und vier Kinder.“

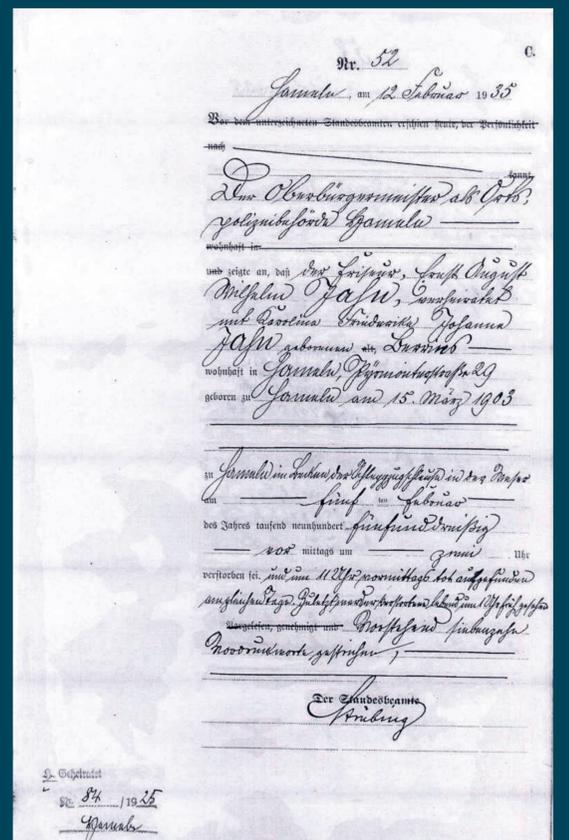
Seine Frau Lina wurde von den Hamelner Behörden zur Arbeit in der Rüstungsfabrik Domag dienstverpflichtet. Das Jugendamt nahm ihr die Kinder und steckte sie ins Hamelner Waisenhaus Am langen Wall. Später holten die Großeltern sie zu sich, wo sie unter großen materiellen Entbehrungen aufwuchsen.

Die Ermordung von Ernst Jahn wurde auch im Totenbuch des Standesamtes vertuscht. Dort findet sich unter Nr. 52, 1935 der Eintrag:

„Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde Hameln zeigte an, daß der Friseur, Ernst August Wilhelm Jahn ... zu Hameln im Becken der Schleppzugschleuse in der Weser am fünften Februar des Jahres 1935 vormittags um zwei Uhr verstorben sei und um 11 Uhr vormittags tot aufgefunden am gleichen Tage. Zuletzt war der Verstorbene lebend im 1 Uhr früh gesehen.“

Der Eintrag im Sterberegister lautet: „Tod durch Ertrinken“.

2016 wurde in der Nähe der Hamelner Schleuse ein Stolperstein für Ernst Jahn gelegt. Anwohner stifteten eine Tafel, die weitere Informationen enthält.



Eintrag über den Tod von Ernst Jahn im Totenbuch des Standesamtes

Quellen, Geldgeber, Impressum

Quellen und Literatur

Niedersächsisches Landesarchiv Hannover

Nds. 120 Acc. 19/88 Nr. 15 Personalakte Hage

Nds. 110 W, Acc. 105/93 Nr. 1689 Wiedergutmachung Hage

Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 120181 Wiedergutmachung Scheumann

Stadtarchiv Hameln

Acc. 1, 607 Polizeiverwaltung u.a.: Beschwerde des sozialdemokratischen Senators Carl Müller über das Vorgehen der Polizei bei der Aufklärung einer nationalsozialistischen Flugblattaktion

Acc. 1, 999 Anstellung und Entlassung von Polizeibeamten

Acc. 1, 1072 Einstellung Kalusche

Acc. 1, 1224 Einstellung von Polizeibeamten

Acc. 1, 2489 Verwaltungsberichte Polizei

Acc. 1, 2732 Entfernung aus dem Dienst

Acc. 1, 2745 Politische Polizei

Zeitungen

Deister- und Weserzeitung Hameln

Niedersächsische Volksstimme

Literatur

Friedrich Arnold (Hrsg.), Anschläge. Deutsche Politik an der Litfaßsäule 1900-1971. 166 Plakate, München 1972

Hubert Brieden, „Die Polizei griff ein ...“ Die vergessene Geschichte der Hamelner Arbeiterbewegung, Hannover 1994

Hameln-Pyrmont. Ein Heimatbuch des Kreises, Magdeburg 1934

Friedrich Mattner, Chronik der Gemeinde Emmern, Schriftenreihe des Historischen Archivs der Gemeinde Emmerthal, Band 12

Hubertus Rollfing, Politische und soziale Verhältnisse in Hameln 1919-1933, Hameln o.J.

Hubertus Rollfing, Hamelner Kulturwesen in der Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches, Hameln 1991

Heinrich Spanuth, Geschichte der Stadt Hameln, Hameln 1983

Gerd Steinwascher (Hrsg.), Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung. Geschichte Niedersachsens Bd. 5, Hannover 2010

Geldgeber

Stadt Hameln

Dr. Markus Hedemann, Hameln

Landschaftsverband Hameln Pyrmont

Die Linke Hameln-Pyrmont

SPD Hameln-Pyrmont

Verein für regionale Kultur- und Zeitgeschichte Hameln

Den Geldgebern sei herzlich gedankt.



Die Ausstellung wurde erstellt von Bernhard Gelderblom, Hameln, für den Verein für regionale Kultur- und Zeitgeschichte Hameln

Hameln 2020

Design

Verlag Jörg Mitzkat, Holzminden